

Excmo. Sr. Don
José Luis Rodríguez Zapatero
Presidente del Gobierno
Palacio de la Moncloa

E- 28071 Madrid

Frankfurt am Main, den 26. März 2007

Excmo. Sr. Presidente:

wir wenden uns als deutsche Menschenrechtsorganisation heute mit einem dringenden Anliegen an Sie: Mit Besorgnis verfolgen wir, dass Flüchtlinge und Migranten bei dem Versuch, nach Spanien zu gelangen, sterben müssen, oder wie an der Grenzanlage in Melilla, schwer verletzt werden.

Die Bilder von blutüberströmten Flüchtlingen an den Grenzzäunen von Melilla und Ceuta im Herbst 2005 haben uns erschüttert. Damals sind nach Medienberichten mindestens 14 Menschen bei dem Versuch, die Zäune zu überwinden, zu Tode gekommen. Dabei wurden auch Schusswaffen gegen sie eingesetzt. Bis heute ist der genaue Sachverhalt weder von den marokkanischen noch von den spanischen Behörden aufgeklärt worden. Im Juli 2006 kam es in Melilla erneut zu Todesfällen, im Dezember 2006 zu Schwerverletzten am Grenzzaun.

Wir appellieren an Sie, zu veranlassen, dass die Umstände der Todesfälle an der spanisch-marokkanischen Grenze zügig aufgeklärt und die Schuldigen juristisch zur Verantwortung gezogen werden. Zudem müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die tödliche Zwischenfälle künftig verhindern.

Wir begrüßen, dass Spanien mit seinen jüngsten „Regularisierungskampagnen“ für Menschen ohne Aufenthaltspapiere – trotz der Kritik verschiedener EU-Staaten – ein deutliches Zeichen für eine humane Migrationspolitik gesetzt hat. Hunderttausende haben dadurch die Möglichkeit einer Lebensperspektive in Spanien erhalten. Umso mehr sind wir besorgt, dass Flüchtlinge und Migranten bei dem Versuch, nach Spanien zu gelangen, ihr Leben riskieren müssen. Die hochmoderne Grenzschutzanlage in Melilla ist ein lebensgefährliches Hindernis für Menschen, die versuchen, in Spanien Schutz zu finden. Durch den sechs Meter tiefen Sturz vom Zaun auf das Drahtseilgeflecht der Sirga und den messerscharfen Natodraht am dahinter liegenden Zaun fügen sich Flüchtlinge und Migranten zwangsläufig schwerste Verletzungen zu. Zudem haben die Betroffenen wiederholt berichtet, dass auf sie geschossen worden sei.

Eine militärische Grenzsicherung wie in Melilla verletzt die Menschenrechte. Wir appellieren an Sie: Tragen Sie umgehend dafür Sorge, dass die Grenzanlage in Melilla entschärft wird und dass Flüchtlingen ein gefahrloser Zugang zum spanischen Territorium und zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt wird.

Darüber hinaus bitten wir Sie, zu verhindern, dass Flüchtlinge von Spanien aus in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen menschenrechtswidrige Behandlung und Gefahr für Leib und Leben drohen. Um die Jahreswende 2006/2007 wurden nach Razzien auf dem marokkanischen Territorium über 400 Flüchtlinge und Migranten von marokkanischen Sicherheitskräften im Grenzgebiet zu Algerien ausgesetzt. Darunter befanden sich nach verschiedenen Berichten von Menschenrechtsorganisationen auch 60 Asylsuchende und 10 Flüchtlinge mit UNHCR-Papieren. Zeugen berichten von schweren Misshandlungen im Zuge dieser Polizeiaktionen. Bereits im Herbst 2005 hatte Marokko Flüchtlinge und Migranten an die algerische Grenze gebracht und sogar Verletzte ohne Wasser und Nahrung in der Wüste zurückgelassen. Unter den Betroffenen waren nach Zeugenaussagen auch einige, die an der spanischen Grenze zurückgewiesen worden waren. Der wiederholt unmenschliche Umgang mit Flüchtlingen und Migranten seitens der marokkanischen Polizei verbietet weitere Zurückweisungen dorthin.

Wir begrüßen, dass sich die spanische Regierung um verbesserte bilaterale Beziehungen mit Marokko bemüht. Bei Ihrem jüngsten Besuch in Marokko Anfang März haben Sie Spanien als den „größten Fürsprecher“ Marokkos in der Europäischen Union bezeichnet. Die EU-Staaten haben sich im Rahmen verschiedener Abkommen zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet. Bei Gesprächen mit Vertretern von Drittstaaten müssen diese im Fokus stehen. Wir bitten Sie daher, bei zukünftigen Treffen mit Ihrem marokkanischen Amtskollegen Driss Jettou auch das Thema Menschenrechte anzusprechen. Bitte wirken Sie daraufhin, dass Marokko als Unterzeichnerstaat der Genfer Flüchtlingskonvention ebenfalls auf die strikte Einhaltung der Menschenrechte achtet. Flüchtlinge und Migranten müssen mit Respekt und Menschenwürde behandelt werden. Unter keinen Umständen dürfen Waffen gegen sie eingesetzt werden.

Sehr geehrter Herr Präsident, wir schätzen Ihre Bemühungen um einen fairen Umgang mit in Ihrem Land lebenden Migranten. Bitte sorgen Sie auch für einen humanen Umgang mit Menschen, die verzweifelt versuchen, Schutz in Spanien zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jürgen Micksch
Vorsitzender